Nummer 7. XXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Mittwoch, 4. Januar 1893.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Minister Loubet über die Lage der Republik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

ß **Paris**, 3. Januar.

Obwohl der Minister des Innern Loubet, wie bereits telegraphirt, die ihm vom Redakteur des „Petit Marseillais" über Freycinet, Clemenceau, Constans in den Mund gelegten Aeußerungen dementirt hat, so erscheint sie doch jetzt, nachdem der Text vollständig vorliegt, so sehr als das getreue Spiegelbild der bekannten Ansichten Loubets, daß wir glauben, er habe sich dem Interviewer gegenüber wirklich gehen lassen und suche heute nur, über das von ihm Gesagte selbst erschreckt, seine Aeußerungen in Abrede zu stellen. Wir tragen daher zu dem Interview noch folgende interessante, die politische Lage beleuchtende Stellen nach.

Ueber Freycinet äußerte Loubet: Ich bin ein persönlicher Freund Freycinets, aber keinen Augenblick sein politischer Freund gewesen. Ich hat ihn, in meinem Ministerium zu bleiben, weil ich glaubte, er könne darin von Nutzen sein. Ich kannte seine Tendenzen und Beziehungen zu Clemenceau. Er unterhielt sie, weil er glaubte, Clemenceau könnte ein nützlicher Mitarbeiter sein, Clemenceau, der mehr wie jeder Andere der Republik verhängnißvoll geworden ist. Er, der Boulanger, Reinach, Cornelius Herz erfunden, hat der Republik mehr geschadet, als alle übrigen Gegner vereint. Ich wußte dies Alles, kannte diese gefährlichen Beziehungen, aber ich bin heute, wie damals, trotz Allem überzeugt, daß Freycinet sich nichts vorzuwerfen hat. Die Führer der gegenwärtigen Kampagne gegen die Republik können nicht das Gleiche von sich sagen, und ihre Verantwortung scheint mir sehr groß. Wir befinden uns sicherlich augenblicklich in einer Lage, die schwierig, kritisch, voller Stürme und Klippen ist, aber glauben Sie mir, wir werden nicht untergehen. Wir werden unsere Flagge nicht vor einer Fraktion streichen, die trotz ihres Hasses ohnmächtig ist, der Republik zu schaden. Wir werden kämpfen und ich meinestheils bin, trotz meines Wunsches zurückzutreten, nur in der Regierung geblieben, weil ich die Gefahr gesehen habe. Wir werden den Hafen erreichen, und wenn diese peinliche und schmerzliche Situation vorüber ist, wird Europa wiederum konstatiren, daß Frankreich das Land der Rechtschaffenheit und Ehre ist.

Uebrigens hat die Regierung der Republik niemals daran gedacht begangene Fehler abzuleugnen, denn Fehltritte Einzelner, wenn von Fehltritten die Rede sein kann, vermögen sie (die Republik) nicht zu treffen. Sie wird diese schreckliche Prüfung, der jede (!) Monarchie sicherlich erlegen wäre, überstehen.

Auf die Frage: von wem wird eigentlich die Kampagne geführt? erwiedert Loubet:

Der Ursprung der heutigen Skandale datirt vom Jahre 1889, als die Panama-Gesellschaft verkrachte. In jedem Departement wurde damals ein Petitionssturm von den Lovsinhabern organisirt, und die Deputirten überwiesen diese Petitionen den Bureaus der Kammer. Es wurde darin eine Untersuchung über die Handlungsweise der liquidirenden Gesellschaft verlangt. Im Januar 1890 fanden hierauf bezügliche Interpellationen statt, und im März 1891 brachte die Rechte eine Tagesordnung ein, wonach eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden sollte.

Der damalige Justizminister Fallières traf darauf die nöthigen Anordnungen. Einzelnen ging die Sache aber nicht schnell genug und Delahaye intervenirte. Die Leute von der Rechten waren bei Lesseps, Fontane, Cottu wie zu Hause. Ihre Abstimmung lautete stets zu Gunsten der Gesellschaft und im März 1888 wurde das Ministerium Tirard gestürzt, lediglich weil es von der Emission der Panamaloose nichts wissen wollte. Ich selbst gehörte damals dem Kabinet an und habe Lesseps an die Luft gesetzt, als er mir eines Tages allzu eindringlich die Vortrefflichkeit seiner Kombination nachweisen wollte. Die Rechte macht heute um einige Millionen, deren Verwendung mit Recht verwerflich ist, die aber doch größtentheils bei Reinach und Herz sitzen geblieben sind, großen Lärm. Sie schweigt aber über 600 Millionen, die von ihren Freunden, den Verwaltern, schmachvoll verschwendet worden sind. Einige, und zwar Diejenigen, die heute sich am feindseligsten stellen, könnten uns gewiß etwas von der Farbe der Bankbillets erzählen, mit denen man in der Panama-Gesellschaft um sich warf. Wir haben dafür die moralischen Beweise, leider fehlen uns die materiellen.

„Die Royalisten verfolgen jedoch nicht allein die Kampagne?"

Loubet erwiedert: In der gegenwärtigen Koalition befinden sich der Graf von Paris, der eine Anzahl Dokumente besitzt, die Bonapartisten, die das Haupt wieder erheben und ihr Komitee zu rekonstruiren versuchen, ferner die Antikonstitutionellen, die Erbitterten und Unzufriedenen, schließlich die, welche eine besondere Art der Republik wollen, mit Ministern außerhalb des Parlaments genommen, und einem durch das allgemeine Stimmrecht erwählten Präsidenten, eine Art Diktatur, die dem Kaiserthum oder der Monarchie die Thür öffnet.

„Man sagt, auch Constans stände hinter dem Komplot?"

Hierauf entgegnet Loubet: Einige behaupten in der That, daß die „Cocarde" ihre ersten Enthüllungen von Constans erhalten habe. Als Minister ging ihm Vieles durch die Finger. Er thut Unrecht daran, sich dessen zu erinnern. Man behauptet sogar, daß er von gewissen Dokumenten Abschriften oder Photographien genommen. Constans verfährt sich dagegen. Wenn die Anschuldigung richtig ist, und man zweifelt hieran in einigen Kreisen nicht, so muß man annehmen, daß Constans die Ungeschicklichkeit seiner Taktik eingesehen und sich herausreden sucht. Uebrigens ist es strafbar, sich Staatsdokumente anzueignen, und der Tag ist nicht fern, wo die Regierung es den Betreffenden begreiflich machen wird, daß Staatsgeheimnisse weder aus den Ministerien noch aus der Polizeipräfektur hinausgetragen werden dürfen.

„Welchen Zweck verfolgt aber Drumont?"

Loubet: Nur den, Geld zu machen. Sein Blatt ist nichts, als Schacherbude. Dasselbe gilt vom Gaulois, dessen Direktor übrigens selbst Jude ist, und auch in der Redaktion der „Libre Parole" sitzen Israeliten. Die Taktik dieser Blätter ist tadelnswerth, aber die ihnen Applaudirenden Deputirten sind es weit mehr, Clemenceau geht gewiß nicht ruhmreicher aus dieser Debatte hervor.

„Alle diese Leute verlangen die Kammerauflösung?"

Loubet: Sie ist augenblicklich unmöglich. Ehe man an neue Wahlen denken kann, muß das Budget votirt werden.

„Wenn aber das Ministerium beim Zusammentritt der Kammer geschlagen würde?"

Loubet: So würde Alles von der Art des Votums abhängen. Würden wir unter dem Vorwurf zu großer Nachsicht hinsichtlich der gerichtlichen Verfolgung fallen, so wäre Brisson moralisch verpflichtet, ein Ministerium zu bilden; falls er dies ablehnt, giebt es genug Opferfreudige im Parlament.

Loubet neigt zu der Ansicht, daß die Wahlen so lange wie irgend möglich hinausgeschoben werden müssen, damit sich im Lande erst eine Majorität wieder zusammenfindet.

* * *

Paris, 4. Januar. (D. B. H.) Die Blättermeldung über die Demission Loubets ist verfrüht. — Die Meldungen über bevorstehende neue Strafverfolgungen sind fortgesetzt widersprochen worden. Die Regierung beschloß, alle Manifestationen und Ansammlungen auf den Straßen und Plätzen von Paris sowie der Provinz mit rücksichtsloser Energie zu verhindern. — Die Orleanisten erklären, der Graf von Paris werde sofort nach der Rückkehr des Herzogs von Orleans abdanken. Dieselben sandten zahlreiche Emissäre in die Provinz zum Zweck der Organisirung der Partei und der Sammlung von Geldern. — Die chemische Analyse hat festgestellt, daß sich geringe Spuren von Aconit in der Leiche des Barons v. Reinach vorhanden.

Militärvorlage und Unteroffizierfrage.

Am 10. Januar tritt der Reichstag von Neuem zusammen und damit auch die Militärvorlage wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Da berscheint denn in zwölfter Stunde ein Wort am Platze zu sein über eine Frage, welche bisher fast garnicht berührt worden ist, und wo doch doch auf das Engste mit der Militärvorlage verknüpft ist, die Unteroffizierfrage. Nach dem neuen Gesetz soll bekanntlich der Unteroffizierbestand am 1. Oktober 1893 ab auf 78,809 Mann, also um fast ein Fünftel des bisherigen Bestandes, erhöht werden. Als Mittel zu diesem Zweck verlangen die Motive zur Militärvorlage Erhöhung der Kapitulantenlöhnung und Einführung des Kapitulationshandgeldes. Durch diese materiellen Verheißungen hofft man die genügende Quantität von Unteroffizieren beschaffen zu können.

Für einen halbwegs Eingeweihten, der sieht, wie viel Kopfzerbrechen schon jetzt oft die leidige Unteroffizierfrage den Kompagniechefs macht, erscheint das allerdings nicht ganz unzweifelhaft. Indessen die Militärverwaltung wird es ja wohl selbst am besten wissen. Die Frage der Quantität interessirt uns auch weniger. Wie aber wird es mit der Qualität bestellt sein? Glaubt die Militärverwaltung wirklich, bei einer so enormen Quantitätssteigerung auch für die Qualität bürgen zu können? Schon jetzt kann sie das nur mit Mühe und Noth. Wird nicht, allen drakonischen Bestimmungen über Mannschaftsbehandlung zum Trotz, die öffentliche Meinung alle Augenblicke durch die haarsträubendsten Gerüchte über Soldatenmißhandlungen alarmirt? Derartige Gerüchte sind zwar immer mehr oder weniger unkontrolirbar. Indessen etwas Wahres ist fast stets daran. Und wie viele derartige Vorkommnisse dringen überhaupt niemals in die Oeffentlichkeit, werden zwischen den Mauern der Kasernen begraben? Erst kürzlich wieder brachte die „Eisenbahn-Zeitung" einen langen Sündn-Bericht der unerhörtesten Ausschreitungen zweier Unteroffiziere gegenüber Mannschaften einer Ersatzkompagnie in Schwerin. Unteroffiziere, welche derartiger Unmenschlichkeiten fähig sind, entsprechen nicht den Anforderungen, welche man an die Qualität des Unteroffizierkorps stellen muß. Sie sind unterwerthig. Der Abschluß der Kapitulation mit ihnen war ein Mißgriff. Wir glauben gewiß, daß jeder Kompagniechef nach bessem Wissen und Gewissen bestrebt ist, derartige Mißgriffe zu vermeiden, nur mit tüchtigen, charakterfesten Leuten zu kapituliren. Wenn aber schon jetzt, wo dem Kompagniechef doch immer noch eine verhältnißmäßig große Auswahl gestattet ist, derartige Mißgriffe nicht vermieden werden können, was soll das dann erst werden, wenn die Möglichkeit der Auswahl auf ein Minimum beschränkt, dagegen der Bedarf auf das Höchste gesteigert sein wird?

Wird die Oeffentlichkeit alsdann immer mehr derartiger Mißgriffe und immer mehr derartiger Skandale zu gewärtigen haben? Oder glaubt man wirklich, durch die verheißenen materiellen Vortheile das Plus an Quantität ausgleichen zu können, ohne daß ein Minus der Qualität eintritt? Wir fürchten, daß nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit noch viel weniger Söhne besserer Familien sich zur Kapitulation entschließen werden. Wir fürchten, daß die materiellen Verheißungen gerade auf solche Elemente einen verlockenden Reiz ausüben werden, welche sonst keine rechte Existenz und auch nicht die Lust, sich eine solche zu erarbeiten, haben. Solche Elemente haben aber einen unauslöschlichen Haß gegen alle besser Situirten.

Und stehen dann beide Theile in dem Verhältnisse des militärischen Vorgesetzten zum Untergebenen, so kann es psychologisch nicht befremden, wenn die Resultate in derartigen traurigen Vorkommnissen zu Tage treten. Und das einzige Moment, welches hiergegen eine gewisse Gewähr bietet, die Kontrole durch das Offizierkorps — wie wird es in Zukunft damit bestellt sein? Geht die Militärvorlage, wie sie jetzt ist, durch, dann werden an den einzelnen Offizier so kolossale Mehranforderungen gestellt werden, daß die Ueberwachung des Unteroffiziers durch den Offizier beim besten Willen nicht mehr eine so scharfe sein kann wie bisher. Also auch hierin liegt ein Moment mehr, das uns unter der Aegide der neuen Militärvorlage auf eine unvermeidliche Steigerung unliebsamer Behandlungsaffairen gefaßt machen muß. Mögen die Vertreter des Volkes, welche demnächst über das Schicksal der Militärvorlage zu entscheiden haben werden, auch die Unteroffizierfrage einer strengen, allseitigen Prüfung unterziehen. Mögen sie von der Militärverwaltung die Garantien fordern, daß ein jeder Deutsche, der zwei Jahre seines Lebens auf dem Altar des Vaterlandes niederlegt, geschützt sei gegen Brutalitäten, die eines Trägers der Uniform unwürdig sind.

Die Verwaltung der Kanalisationswerke Berlins.

Der Bericht der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke im Jahre 1891/92 ist soeben veröffentlicht worden. Derselbe enthält nach den verschiedensten Seiten sehr bemerkenswerthe Angaben, so daß wir die Hauptergebnisse dieser nicht blos für Berlin sehr wichtigen Verwaltung unseren Lesern zugänglich machen müssen. Zum Betriebe der Kanalisationswerke gehören die Radialsysteme 1 bis 8 (einschließlich) und das Radialsystem 10, welche insgesammt 21,755 angeschlossene Grundstücke umfassen. Die Gesammtmenge des während des Verwaltungsjahres geförderten Wassers betrug 58,722,234 Kubikmeter. Das ergiebt auf den Kopf der mit 1,402,377 Einwohnern angenommenen Bevölkerung 110 Liter Förderwasser auf den Tag. Nun beläuft sich der tägliche Wasserverbrauch auf den Tag. Nun beläuft sich der tägliche Wasserverbrauch auf den städtischen Wasserwerken auf 62¼ Liter, so daß also die Pumpstationen täglich 47¾ Liter unreines Wasser mehr nach den Rieselfeldern beförderten, als aus den Wasserwerken reines Wasser in die Stadt floß. Diese Vermehrung des unreinen Wassers stammt theils von den Niederschlägen her, theils aus den Straßen- und Hofbrunnen, theils aus den für Badeanstalten und für gewerbliche Zwecke aus den öffentlichen Flußläufen entnommenen Wässern. An festen Rückständen, wie Sand, Lappen aller Art, Kaffeegrund und dergl. wurden aus den Sammelbecken der Pumpstationen, aus den Kanälen und Thonrohrleitungen zusammen 11,963 Kubikmeter aus dem Kanalisationsbereich hinausgeschafft. Die Gesammtbetriebskosten erreichten eine Höhe von 915,212 Mark. Einen Hauptbestandtheil der Verwaltung der Kanalisationswerke bildete die Bewirthschaftung der Rieselgüter, welche einen naturgemäß die Bewirthschaftung der Rieselgüter, welche einen Flächeninhalt von 8463 Hektar umfassen. Die Stadt Berlin ist somit in die Reihe der ersten Großgrundbesitzer Preußens getreten. Es kann daher nicht weiter Wunder nehmen, wenn die landwirthschaftlichen Ergebnisse dieser Güter-Verwaltung die allgemeine Beachtung finden. Allein es wäre völlig verfehlt, aus diesem jetzt veröffentlichten Verwaltungs-Berichte über die zu regelmäßigen Rieselbetriebe eingerichteten Güter Osdorf, Großbeeren, Falkenberg und Malchow verallgemeinernde Schlüsse auf die Lage der Landwirthschaft in Preußen zu ziehen. Die Wirthschaftsergebnisse der genannten vier Güter kamen einer Kapitalsverzinsung von noch nicht 1½ pCt. (genauer 1,42 pCt.) gleich. Das ist freilich sehr schlimm. Allein einmal haben die ungünstigen Witterungsverhältnisse im Frühling und Sommer 1891 die Wachsthumentwickelung der Anbauten sehr unglücklich beeinflußt, sodann haben die Rieselgüter vielfache Verluste durch verschiedene Viehseuchen zu erleiden gehabt, von denen die gesammte Mark Brandenburg heimgesucht worden war. Dadurch hat sich der baare Ueberschuß der Rieselgüter, sowie der Werth der erworbenen und der auf den Gütern gewonnenen Bestände an Naturalien, an todtem und lebendem Inventar insgesammt um 240,945 Mark vermindert. Aber vor Allem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Stadt Berlin beim Ankauf ihrer Rieselgüter in eine Zwangslage sich versetzt sah, daß sie gezwungen war, zum Theil sehr verwahrloste Güter anzukaufen und enorme Preisbewilligungen zu machen. Es ist ferner zu bedenken, daß die Einrichtungskosten für die Bewirthschaftung gleichfalls sehr beträchtlich sind und naturgemäß noch bis auf einige Jahre hinaus einen ungünstigen Einfluß auf die Verzinsung des in den Gütern angelegten Kapitals ausüben müssen. Endlich ist die Art, wie eine Kommune von der Bedeutung Berlins Landwirthschaft treibt, grundverschieden von der eines berufsmäßigen Großgrundbesitzers. Für die Stadt Berlin ist und kann die Landwirthschaft kein Selbstzweck sein; sie hat den Landwirthschaftsbetrieb vielfach anderen Zwecken unterzuordnen. Ganz anders ist dies mit dem berufsmäßigen landwirthschaftlichen Betrieb der Fall. Es ist daher ein mehr als gewagtes Beginnen, aus diesen Mittheilungen des Berliner Magistratsberichtes über die Verwaltung der Kanalisationswerke etwa die Berechtigung allerhand agrarischer Forderungen herzuleiten, wie das schon vor einiger Zeit in der „Kreuz-Ztg." versucht worden war. Zunächst dürfte es ja unsere nothleidenden Großgrundbesitzer, namentlich aus Nordosten, interessiren, zu erfahren, wie sich die Arbeitslöhne auf den städtischen Rieselfeldern stellen? Durchschnittlich werden an Tagelöhner, bezw. Gesinde außer freier Wohnung, und zwar einer wirklich menschenwürdigen und 5000 Kilogramm Kartoffeln oder Land zum Kartoffelbau und 4 Ar Gartenland, täglich 1,50 bis 1,80 Mark bezahlt, an freie Arbeiter 2,50, an Arbeiterinnen 1 bis 1,25 Mark, an Rieselwächter 2 bis 2,50 Mark (Nachtschicht), an vorübergehend beschäftigte Männer 1,60 bis 2,50 Mark, an Frauen 1,20 bis 1,50 Mark. Bei Akkordarbeiten belief sich der tägliche Durchschnittsverdienst um 20 bis 30 Prozent über den Tagelohn hinaus.

Der Bergarbeiterausstand.

Aus dem Saarkohlenrevier schreibt uns unser Korrespondent unter dem 2. Januar: Der Streik der Bergarbeiter hat mit dem heutigen Tage seinen Höhepunkt erreicht und ist somit in sein zweites Stadium eingetreten. Für sämmtliche Gruben war auf heute früh 8 Uhr eine Frühschicht bestimmt, zu der sich alle einzufinden hatten, welche weiter zu arbeiten gedenken. Die 4546 angefahrenen Bergleute erscheinen zwar als eine recht geringe Zahl, etwa ein Siebentel der gesammten Bergleute des Reviers, aber es ist doch auf den meisten Gruben seit Sonnabend schon eine Zunahme zu konstatiren, und man hofft für morgen auf weiteren Zuwachs, der ganz enorm sein würde, wenn eine genügende Sicherheit für die Bergleute vorhanden wäre, welche von auswärts zu den Gruben kommen müssen. Die Gefahr für diese Leute steigt fortwährend, dieselben vermeiden es, wenn sie zur Arbeit gehen, indem sie zur Zeit große Umwege machen, durch Wald zu kommen, da in dem Gehölz immer häufiger auf die passirenden Arbeiter geschossen wird. Auch die Angriffe der Ausständischen gegen Beamte der Gruben mehren sich. Aus Dudweiler wird ein Fall berichtet, wo ein heimgehender Steiger von seinem Revolver Gebrauch machen und einen mit einer Latte auf ihn eindringenden Bergmann durch einen Schuß in den Arm kampfunfähig machen mußte. Die allerdings vom 11. und 9. Armeekorps aus bedeutend verstärkte Gendarmerie hält wohl die Gruben besetzt und sichert die Anfahrenden, ist aber viel zu schwach, um die Zugänge der Bergleute sicher zu stellen. Die johlenden und brüllenden Haufen der Streikenden, die zu Beginn der Schicht überall umherziehen, wehren den meisten den Zugang. Die Hauptlärmmacher in diesen Haufen sind natürlich die jungen Leute unter 20 Jahren und — die Weiber, welche an wildem Geheul die ersteren noch übertreffen. Ueberhaupt ist der im Irrthum, welcher glaubt, daß etwa die Frauen der Bergleute das Moment seien, welches dem Streik Halt gebieten könne. Das Gegentheil ist weit öfter der Fall, die Frauen vertreten in vielen Häusern gerade den Gedanken des Streiks, weil sie hoffen, von den zu erringenden hohen Löhnen für das Haus am meisten zu profitiren. Auch die Versammlungen werden von diesen fleißig frequentirt. Auf dem Bildstock, wo täglich Bergarbeiterversammlungen stattfinden, die manchmal von 10,000 Bergleuten besucht waren, sind sie regelmäßige Gäste. Zur Bekämpfung des Streiks werden energische Mittel gebraucht. Sämmtliche Inspektionen sind heute Morgen telegraphisch angewiesen worden, alle Maschinenleute der Gruben, welche streiken, sofort abzulegen. Unter den übrigen Streikenden ist man dabei, eine Auswahl der Haupträdelsführer und Hetzer zu treffen, welche abgelegt werden sollen. Auch die jungen Bergleute werden aufs Genaueste kontrolirt, den jetzt streikenden darunter bleibt die Aufnahme in die Bergschule behufs Ausbildung zum Steiger versagt. Die größte Gefahr droht aber unserm ganzen Kohlenbergbau von